

Bildungspolitische Schande

Von „Bildung“ rede man in Österreich meist nur im Zusammenhang mit „Regierungsbildung“ ätzte der Lustenauer Bürgermeister Kurt Fischer auf Twitter: „Eigentlich scha(n)de.“ Treffender kann man es kaum ausdrücken.

Es ist wirklich still geworden in Sachen Bildungspolitik. Die „Reformen“ der letzten zwei Jahre waren zudem ein Fingerzeig in die Vergangenheit: verpflichtende Ziffernote und Sitzenbleiben in der Volksschule sowie erneute „Ummodeln“ der Mittelschule. So macht man Kinder zum Spielball rückschrittlicher Bildungspolitik, vergrämt Lehrkräfte und Eltern.

Modellregion?

Auch in Vorarlberg ist der große Reformschwung abgeebbt. Vollmundig forderte Landeshauptmann Markus Wallner im Jänner 2015 vom Bund „ein Ende der Blockadehaltung gegenüber der Gemeinsamen Schule der Zehn- bis 14-Jährigen“. Das im Juli 2017 beschlossene Bildungsreformpaket macht die Umsetzung einer Modellregion Gemeinsame Schule möglich. Seither allerdings schweigt der Landeshauptmann.

Landesrätin Barbara Schöbi-Fink hat die Flinte schon bei Amtsantritt ins Korn geworfen und in vorseilendem Gehorsam den bildungspolitischen Backlash von Türkis-Blau mitgetragen: Eine Umsetzung der Modellregion sei „in den nächsten Jahren nicht realistisch“. Dabei wäre sie dazu verpflichtet, gibt es doch einen aufrechten Landtagsbeschluss, der die Errichtung einer Modellregion verlangt – beschlossen mit Stimmen aller Parteien.

Dass sie zuletzt im VN-Interview die Aussonderung von Kindern mit Deutsch-Problemen in Getto-Klassen bejubelt hat, lässt Fachleute ratlos zurück. Ihre eigene Schulqualitätsmanagerin Monika Steurer verwies nämlich wenig später zurecht darauf, dass „Kinder im Klassenverband (...) vor allem von anderen Kindern“ am besten lernen.

Scharfe Kritik der EU

Im Juni hat die EU eine Empfehlung für ein „nationales Reformprogramm Österreichs 2019“ veröffentlicht. Darin wird die Bildungspolitik von Türkis-Blau scharf kritisiert: „Die jüngsten Bildungsreformen heben frühere Reformanstrengungen teilweise auf und orientieren sich nicht an Ansätzen, die von der EU und der OECD als bewährte Verfahren erachtet werden.“ Der Ausbau der Ganztagschulen habe sich verlangsamt, der Selektionsdruck im Schulsystem sei stärker geworden.

Leider hat kaum ein Medium über dieses vernichtende Urteil und die Empfehlungen der EU berichtet. Nicht einmal Wirtschaftskammer oder Industriellenvereinigung – früher engagierte Vertreter einer Bildungsreform – melden sich zu Wort, obwohl der Bericht glasklar festhält, dass auch sie Leidtragende sind: „Die Wirtschaft steht einem wachsenden Fachkräftemangel im IT-Bereich gegenüber.“

Das Resümee: Die alte Bundesregierung wollte nicht, die Landesregierung traut sich nicht. Auf der Strecke bleiben die Kinder, frustrierte Lehrkräfte und enttäuschte Eltern. Um es mit Kurt Fischer zu sagen: Schade und Schande zugleich.